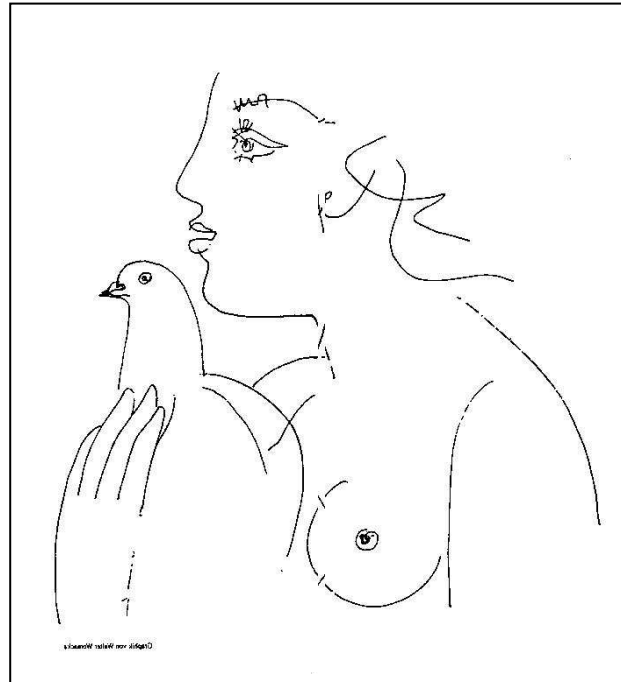


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 109



Versuch einer Kurzgeschichte der Entwicklung der sogenannten Finanzkrise

von

Dr. Walter Siebert

Redaktionsschluss: Januar 2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Ein Blick zurück:

Im Juli 1944 – entstand *das Bretton Woods System of Monetary Management* (Bretton Woods – eine Kleinstadt in New Hampshire/USA). Nach dieser Konferenz, die eine stabile internationale Finanzordnung für die Nachkriegszeit zum Ziel hatte, beschließen 44 Staaten – vertreten durch ihre Finanzminister bzw. Notenbankpräsidenten – ein entsprechendes Abkommen. Es soll ein stabiles Internationales Währungssystem mit festen Wechselkursen entstehen, das den wirtschaftlichen Aufschwung stützt.

Chefunterhändler und Vordenker in Bretton Woods war der berühmte britische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes (1883 – 1946). Er hatte insbesondere auf Grund der Weltwirtschaftskrise der 1930 Jahre eine makroökonomische Theorie erarbeitet, die im Gegensatz zur >Laisser faire< Marktwirtschaft dem Staat eine steuernde und planende wirtschaftspolitische Rolle zuweist. Die BRD trat dem Abkommen 1949 bei.

Die Vision von Bretton Woods war, dass die teilnehmenden Staaten gemeinsam eine stabile internationale Währungs- und Finanzordnung gewährleisten, um damit Wiederaufbau und Wachstum zu fördern. Die krisengeladenen Jahrzehnte nach 1918 sollten sich nicht wiederholen. Vereinbart wurden feste Wechselkurse auf der Basis eines *Gold unterlegten* US-Dollars, der damit die weltweite Leitwährung wurde. Alle unterzeichnenden Länder verpflichteten sich, den Kurs (Preis) ihrer Währungen in Relation zum US-Dollar festzulegen. Das System der Dollar-gebundenen Wechselkurse war zweifellos ein wichtiger stabilisierender und stimulierender Faktor im internationalen Waren- und Devisenverkehr.

Zur politischen Realisierung und Kontrolle des Abkommens von Bretton Woods wurden die Weltbank (eine Bankengruppe mit weltweiten Aktivitäten der Entwicklungs- und Kredithilfe) und der Internationale Währungsfonds (IWF) mit Sitz New York gegründet. In der Weltbank und dem IWF dominieren bis heute die USA mit entsprechenden Führungs- und Fachpersonal. Damit entstanden weltweite Einflussmöglichkeiten für die USA, mit denen sie ihre im Krieg erworbene politische und ökonomische Führungsrolle in Europa, Asien und Afrika ausbauen konnten. Das war eine wesentliche Komponente der Politik der USA vom >Isolationismus< der

1930er Jahre zu ihrer Rolle als >unipolare Weltmacht<, wie sie die >Truman-Doktrin< im März 1947 vorgab!

Vor kurzem urteilte der bekannte Harvard-Professor Jeffrey D. Sachs „Bisher diente die Weltbank den US-Regierungen meist als verlängerter Arm ihrer Außenpolitik und Handelsinteressen. Sollte bei der anstehenden Neuwahl wieder jemand von der Wallstreet diesen Posten bekommen (gemeint ist der Weltbankchef) wird er sich weiter für die Interessen des US-Finanzsektors einsetzen.“ (zit. 19.03.12 Berliner Zeitung). Seit 2007 war Robert Zoellick Präsident der Weltbankengruppe – ein bewährter republikanischer Politiker, der noch von der Bush-Administration nominiert wurde. Der neue Chairman Jim Yong Kim aus Südkorea – Wunschkandidat von Barack Obama – passt auch gut in dieses Bild.

Die Bretton Woods Finanzordnung hat bis in die 1960er Jahre funktioniert.

In den siebziger Jahren *brechen* entscheidende Säulen des Bretton Woods Systems. Am 15. August 1971 gab US-Präsident Nixon bekannt, dass die bis dahin geltende Verpflichtung, jeden Dollar zu einem festen Kurs von 35 Dollar pro Feinunze in Gold einzutauschen, aufgehoben wird. Die USA hatten in dem von ihnen begonnenen Krieg in Vietnam eine wahnwitzige Milliarden teure Vernichtungsschlacht geführt. Das ging politisch und wirtschaftlich an ihre Substanz.

Der Ölpreisschock...

In der Weltwirtschaftskrise 1974/1975 (ausgelöst durch den drastischen Anstieg der Erdölpreise) bröckelte der Wechselkursverbund mit dem Dollar. Die Staaten bekämpften in der Krise Nachfrageschwäche und Arbeitslosigkeit nach keynesschen Denkmuster mit dem Einsatz ihrer Geldpolitik. Es begann die Zeit der frei schwankenden Wechselkurse (Flooting). Die für den Währungsverbund notwendige monetäre Ordnung war so nicht mehr gewährleistet. Die Wechselkurse wurden von den Staaten für eine stimulierende Exportpolitik genutzt. Einige Experten sagen, dass bereits diese Entwicklung den Weg für den an fast keine Regeln gebundenen Finanzmarktkapitalismus öffnete.

Es gab in Europa noch einen Versuch, wieder einen funktionierenden Währungsverbund herzustellen. 1978/79 unternahmen Helmut

Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) und festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen bezogen auf eine europäische Verrechnungswährung >ECU< einen neuen Anlauf. Dieses System – mit einer Mehrheit der europäischen Staaten – bestand von 1979 bis 1998.

Zurück zu den 1960er Jahren der BRD... wie schon gesagt, 1966 stellte sich eine Rezession ein, die den wirtschaftlichen Aufschwung der BRD >das sog. Wirtschaftswunder< beendete.

So kam es 1966 in der CDU/CSU/FDP Regierung mit Bundeskanzler Ludwig Ehrhardt zum Bruch mit der FDP, die den defizitären Bundeshaushalt so nicht beschließen wollte. Und auch der Erfinder des Wirtschaftswunders – Ludwig Ehrhardt – räumte seinen Platz zu Gunsten von Georg Kiesinger, der nun mit der SPD in einer großen Koalition regierte. Wirtschaftsminister wurde der anerkannte Wirtschaftsprofessor Karl Schiller von der SPD. Er brachte sein Konzept der Globalsteuerung ein (frei nach John Maynard Keynes) und daraus wurde im Februar 1967 das in ein Gesetz gegossenes >Stabilitäts- und Wachstumskonzept<. Schiller und Franz Josef Strauß – er war nun Bundesfinanzminister – arbeiteten eng zusammen (obwohl Strauß vorher die SPD übel beschimpft hatte). Frei nach Wilhelm Busch wurden die Beiden als >Plisch und Plum< der Regierung Kiesinger von der Presse karikiert.

Der Versuch Karl Schillers mit keynesschen Konzept des >deficit spending< die Wirtschaft zu beleben, gelang nicht. Die hohe Arbeitslosigkeit (um 5%) blieb und die Staatsschulden wuchsen weiter. Strauß ging schließlich und Schiller war 1972 kurze Zeit Wirtschafts- und Finanzminister, bevor auch er abtrat und zur Fordstiftung ging. Wie immer wieder in der Politik des Versuchs und Irrtums, folgte nun ein Paradigmenwechsel – Monetarismus statt Keynes, d.h. das neoliberale Konzept der >Geldmengenstabilität< sollte es nun richten. Die Monetaristen, mit dem Harvard Professor Milton Friedman als Ideengeber, meinen die Regulierung der Geldmenge, sei >die< geniale Lösung zur Steuerung von Wachstum und Einkommen.

Schon 1974 war die Deutsche Bundesbank als erste zentrale Notenbank zu einer Geldmengensteuerung „als Grundpfeiler der DM-Stabilität“ übergegangen. Gegen Ende der Regierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde dann diese „währungspolitische

Wende“ eingeleitet und 1982 mit dem Wechsel zur FDP/CDU/CSU Regierung besiegelt. Jedoch die Krise spitzte sich europaweit zu – im Oktober 1982 hatte die BRD 1.9 Mill. Arbeitslose = 7.9 %, der höchste Stand seit Kriegsende.

Aber schauen wir noch einmal zurück auf die dramatischen 1970iger Jahre. In diesem Dezennium verliert der US-Dollar fast die Hälfte seines Wertes. Das hatte Folgen für die an den Dollar gebundenen Währungen. Der Hintergrund dieser Brüche im internationalen Finanz- und Währungssystem in den 70er Jahren waren Veränderungen der internationalen Wirtschafts- und Marktentwicklung. Im und nach dem Ende des 2. Weltkrieges hatte sich die Wirtschaft der USA als globaler Lieferant von Waren, Technik und Waffen aller Art gut aufgestellt. Aber die BRD, Japan und andere hatten inzwischen einen enormen Neustart ihrer Wirtschaft vollzogen.

Zu dem kam, dass der barbarische Vietnam Krieg die USA ab 1964 (mit bis zu 500 000 US Soldaten und der dreifachen Bombenanzahl der Jahre 1943/45) finanziell extrem forderte. Innenpolitisch erlebten die USA mit den Anti-Vietnamkriegs-Protesten und der Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King eine ihrer tiefsten politischen Krisen, was sie aber erst recht ermunterte ihre dominante Rolle in Europa aufrecht zu erhalten.

Die größte Belastungsprobe für die USA, die BRD und alle Industrieländer wurde die Erdölpreisexplosion. Die 1960 in Bagdad gegründete OPEC - in der die großen Erdölförderländer Irak, Libyen, Iran, Saudi Arabien, Kuwait sich zusammenschlossen – reduzierte 1972 die Erdölförderung und erhöhte den Preis pro Barrel von 2.89 US\$ auf 11.65 US\$. Die Kosten der Wirtschaft explodierten!

Zunächst war diese Maßnahme der Arabischen Staaten ein Schlag gegen die Verbündeten Israels im Jom-Kippur Krieg. Aber der Ölpreis stieg in den 1970er Jahren rasch weiter. Von 1974 bis 1978 erhöhte sich der Preis pro Barrel um etwa 5 – 10 Prozent pro Jahr. Ein Schock für die Wirtschaft! Die Erdölförder-Länder profitierten enorm und konnten die inflationäre Entwicklung des US \$ kompensieren. In den 70er Jahren rutschte der US Dollar von 4.20 DM (Bretton Woods) auf 1.89 DM/ 1980, verlor also über die Hälfte seines Wertes.

In der BRD hat diese Entwicklung in den 70er Jahren zu einer starken „Abflachung des Wirtschaftswachstums“ geführt. Die sozialliberale Regierung mit Bundeskanzler Helmut Schmidt steuerte – wie oben ausgeführt – mit Konjunkturprogrammen dagegen, die durch eine wachsende Staatsverschuldung finanziert wurden. Aber die Wende gelang nicht. Das förderte den Schwenk in eine sog. neoliberale Wirtschaftspolitik, mit „weniger Staat“ und dem Vorrang der Geldmengenstabilität, d.h. einer Stärkung der Rolle der Zentralbanken und des Versuchs der Wiedergeburt eines stabilen Europäischen Währungssystems (EWS) 1979.

1981/1982 geriet die BRD in die bis dahin schwerste Rezession seit Kriegsende. Die Arbeitslosigkeit betrug 1982 7,9 %. Die Staatsverschuldung stieg 1982 – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – auf 32 %. Dieser Trend setzte sich auch nach 1982 unter der CDU/FDP Regierung mit Bundeskanzler Kohl fort. Bis 1985 stieg die Arbeitslosenquote auf 9,3 %. Die Staatsschuldenquote der BRD erhöhte sich bis 1985 auf 39,3 % und landete 1990 bei 41,5 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Weder die Antikrisenkonzepte der SPD/FDP bis 1982 noch die der CDU/FDP erbrachten in den Folgejahren die wünschenswerte wirtschaftliche Trendwende.

Es zeigte sich, was bis heute immer noch verdrängt wird, dass es kein wirklich taugliches Konzept gibt, die kapitalistische Wirtschaft vor Krisen zu bewahren und wachsende Staatsschulden und Rezessionen keine temporären Übel, sondern Mittel und Folgen des kapitalistischen Systems sind. Das heißt nicht, dass der Kapitalismus und seine politischen Repräsentanten – speziell in der BRD – nicht gelernt hätten, den Rezessionen und Krisen wirksam zu begegnen und das System „am Laufen zu halten“. Das ist in der Tat immer wieder gelungen. Aber der Preis sind immer mehr soziale Einschnitte! Und so verkam die gepriesene >soziale< Marktwirtschaft immer mehr zu einer hohlen Worthülse.

Die mikroelektronische Revolution...

In den 70er und 80er Jahre brachte die so genannte >zweite industrielle Revolution< in Gestalt der rasanten Entwicklung der Mikroelektronik ganz neue Chancen für Wachstum und Produktivität. Sie revolutionierte die Fertigungsverfahren, minimierte den Rohstoffeinsatz und entzündete ein noch nie da gewesenes Spektakel der

Erfindungen und Modernisierung. Aber das >System< beschränkte den Segen dieser technischen Revolution auf den Aspekt der Gewinnmaximierung. Elektronik und Automatisierung machten zunehmend viele Arbeitskräfte in Produktion und Verwaltung überflüssig. Die Bauelemente sowie die hocheffizienten Systemlösungen für Produktion und Verwaltung lieferten zunächst vor allem die USA, Japan und andere ostasiatischen Ländern. Das änderte sich bald!

Für den Aufschwung der Volksrepublik China kam die Chip-Revolution gerade richtig. Nachdem Deng Xiaoping in den 1980er Jahren die „ökonomische Liberalisierung“ der VR China verkündet hatte, wurde China nach und nach zum größten Produzenten und weltweiten Exporteur dieser modernen Technik. China zog potente Investoren und know how insbesondere auch aus der BRD magisch an. Die Lohnstückkosten betrug damals in der VR China etwa nur ein Zehntel der alten Industrieländer.

Die wirtschaftliche Öffnung der VR China war für BRD Unternehmen Chance und Risiko zugleich. Es entstand ein riesiger neuer Exportmarkt, aber zugleich begann die Verlagerung von Fertigungen dorthin. In den 1980er Jahren war die Folge, dass die Textil- und Bekleidungsindustrie der BRD (aber auch andere Branchen) massenhaft Kapazitäten stilllegte und etwa 400 000 Arbeitsplätze aufgab. 1985 stieg die Arbeitslosenquote auf 9.3 % und hielt sich in den Folgejahren etwa auf diesem Niveau.

Die erneute Rezession am Ende der 1980er Jahre wurde dann durch den >Fall der Mauer< und die neuen Märkte in Ostdeutschland und Osteuropa aufgefangen, die 1990/91 der BRD etwa 2 % Wachstum bescherten.

Thatcher und Reagan stellen die Weichen zum Neoliberalismus...

Kehren wir zurück zu den Wurzeln der sog. Finanzkrise. Werfen wir dazu einen Blick auf die >neoliberale Vision< der Thatcher-Regierung in Großbritannien und der Reagan Administration in den USA.

In Großbritannien gewannen die Tories 1979 die Parlamentswahlen. Margaret Thatcher, die „Eiserne Lady“, wurde die erste britische Premierministerin. In den 1970er Jahren war Großbritannien unter

der Labour-Regierung von Jim Callaghan zum „kranken Mann Europas“ geworden.

Hohe Arbeitslosigkeit, Streiks, wachsende Staatsschulden, die schließlich durch einen 2.3 Milliarden Pfund Kredit des IWF überbrückt wurden, drückten das Land. Margret Thatcher, Tochter eines kleinen Kolonialwarenhändlers, mit Oxforddiplom und charismatischer Ausstrahlung, gab die kleinbürgerliche Hausfrau „die weiß was ein Pfund Butter kostet... und daher dem Land neue Wege weisen kann“. Sie hatte damit zunächst auch politischen Erfolg.

Zur >Gesundung< setzte die Torry-Regierung Gesetze in Kraft, die vor allem die reihenweise Privatisierung großer Staatsunternehmen, Steuersenkung für Reiche und Deregulierung des Marktes verordneten. „Diese Frau half mit, die britische Industrie zu zerstören und eine Kultur der Gier zu fördern...“ (zit. Bei Terry Eagleton, DIE ZEIT, 43/2012) Was in Großbritannien bald „Thatcherismus“ hieß, wurde vom neuen Präsidenten der USA, Ronald Reagan, 1981 mit ähnlichen Praktiken und dem Charisma eines erfolgreichen Hollywoodstars in Szene gesetzt.

Mit der Verheißung, den USA ihre alte wirtschaftliche Stärke zurückzugeben, hat Reagan 1981 mit dem >Economic Recovery Tax Act< den Spitzensteuersatz auf 33 % gesenkt und in Folge weitere Gesetze zum Vorteil der Oberschicht durchgesetzt. Das ganze System hieß bald >Reaganomics< und ist in ähnlicher Form auch von Neuseeland und anderen Ländern kopiert worden. Der Soziologe Colin Crouch sieht die grundlegenden Veränderungen während der Reagan-Administration in der „Abwicklung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, Marginalisierung der Gewerkschaften und der Spaltung zwischen arm und reich auf einem Niveau, vergleichbar der Länder der Dritten Welt!“

Margret Thatcher und Ronald Reagan stützten sich bei ihrem neoliberalen Wirtschaftskonzept, auf die Lehren der Chicago-School des Nobelpreisträgers Milton Friedman (1912/2006). Er bezeichnete sich selbst als „klassischer Liberaler“ und hatte 1962 in seinem Bestseller >Kapitalismus und Freiheit< die Minimalisierung der Rolle des Staates in der Wirtschaft postuliert, um „politische und gesellschaftliche Freiheit zu fördern“. 1972 empfahl er der US Regierung die feste Wechselkursbindung aufzuheben. Er war auch der Mentor jener chilenischen Ökonomen – genannt „Chicago boys“ – die nach

Errichtung der blutigen Militärdiktatur durch Pinochet in Chile eine neoliberale Wirtschaftspolitik in Gang setzten. Friedman war seit den 1960er Jahren in seinen wissenschaftlichen Theorien eng mit dem in London lehrenden österreichischen Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek – der gegen Keynes opponierte – verbunden. Friedman und Hayek gelten als die >Väter des Neoliberalismus<. Kein Zufall, dass Hayek an dem neoliberalen Konzept von Margret Thatcher beteiligt war, dass – wie schon gesagt – eine radikale Deregulierung der Wirtschaft und des Finanzmarktes einleitete. Immobilienbanken und Fonds blühten mit Milliardengewinnen auf. Diese Politik bewirkte einen Kahlschlag in vielen Industriezentren Großbritanniens, bei gleichzeitigem Boom einer riesigen Finanzmarktindustrie in London und anderswo. Diese zunächst profitable Performance fand naturgemäß auch bei Bankern und Börsianern sowie Politikern der BRD Aufmerksamkeit und Bereitschaft zur Nachahmung.

Doch die sozialen Folgen wurden bald sichtbar und heute nach dreißig Jahren ist klar, dass all jene wirtschaftlichen und sozialen Probleme verschärft wieder präsent sind, die Thatchers Neoliberalismus heilen sollte.

Das Denkmal Lady Thatcher ist vom Sockel gestürzt und ihre Kritiker nennen sie die schlechteste Premierministerin der Geschichte Großbritanniens. „Am Ende war Margret Thatcher einfach das historische Instrument, mit dem der britische Industriekapitalismus in eine neue, deregulierte, postindustrielle Phase überführt wurde.“ (Zit. auch bei T.E.)

Wie die Entwicklung seitdem zeigt, ist es weder in den USA, noch in der Europäischen Union gelungen, mit neoliberalen Wirtschaftskonzepten und Deregulierung die Wirtschaft dauerhaft in ruhigem Fahrwasser zu halten, ganz im Gegenteil – die Schwangerschaft der ganz großen Krisen hatte schon begonnen. „Alle Finanzinnovationen des letzten Vierteljahrhunderts haben keinen sozialen und ökonomischen Gewinn gebracht – mit einer Ausnahme: den Geldautomaten“. Dieses harsche Urteil stammt von Paul Volcker, der von 1979 bis 1987 der Vorsitzende (Chairman) der amerikanischen Notenbank (der FED = Federal Reserve System) war. Also ein Mann mit Durchblick!

Die Banken „entdecken“ neue Wege zu Maxiprofitmargen...

„Die Zeit des Irrsinns“, so sagt der Börsenfachmann Frank Lehmann, „begann in Deutschland 1997. Die Börse in Frankfurt am Main bekam eine neue Unterabteilung, den >neuen Markt<. Internet, Informationstechnologie, Biotech... – plötzlich tauchten immer mehr Leute auf mit tollen Ideen, aber ohne Geld. Auf der anderen Seite gab es Banken und Fonds, die nach neuen Anlagemöglichkeiten suchten. Man traf sich auf dem neuen Markt, Name: Nemax. Geld und Ideen fanden zusammen oder auch nicht...229 Firmen waren im Nemax gelistet, ihre Aktien gingen weg wie geschnittenes Brot. Alle hofften auf große Gewinne. Im März 2000 waren sie 234 Milliarden Euro wert, im Oktober war die Sause vorbei: 97 Prozent Wertverlust, 200 Milliarden Euro futsch.“ (zit bei Honnigfort, Berliner Zeitung, Magazin 10./11.03,1912) Frank Lehmann urteilt: „Damals begann die Verrohung der Sitten. Damals drehten bodenständige Leute durch, kauften wie verrückt die neuen Aktien, wurden über Nacht Millionäre und rannten dann ins Verderben als Firmen aufflogen, weil ihre Ideen doch nichts taugten und sie deshalb keine Gewinne machten.“

Das Scheitern des Neuen Marktes 2002 war der Anfang. Der Crash der amerikanischen Lehman-Bank 2008 und die anschließende Weltfinanzkrise der erste Höhepunkt. „Man hat keine Lehren gezogen... Die Gier frisst das Hirn“, sagt Frank Lehmann (zit. a. a. O.) Und ähnlich äußern sich andere Experten. Aber der mündige Bürger fragt sich natürlich, warum das so laufen konnte und die Politik nicht eingriff. Bei der Konstruktion und vertraglichen Vereinbarung des Europäischen Währungssystems war doch diese Performance schon im Gange. Was lag näher, als Sicherungen gegen solche Spekulanten einzubauen? Das wäre doch unerlässliche Aufgabe der Parlamente und Regierungen gewesen oder waren alle ahnungslos?

Geburtsfehler des Euro... systembedingt oder eine Frühgeburt?

Der Euro – die heute in 17 europäischen Ländern gültige Währung – wurde mit den Verträgen von Maastricht am 7. Februar 1992 aus der Taufe gehoben. Dieser Schritt war nach dem „Europäischen Binnenmarkt“ der krönende Akt für Europas wirtschaftliche Einheit, so verkündeten es seine politischen Väter. Die entscheidenden Gespräche über den Vertrag von Maastricht fanden 1990 etwa zeit-

gleich mit den Verhandlungen über die Währungsunion BRD/DDR statt. Es ist inzwischen bekannt, dass die französische Regierung als Preis für die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung die „zügige“ Schaffung der gemeinsamen europäischen Währung verlangte, „um so das noch mächtiger werdende Deutschland in Europa einzubinden“ (zit. bei Andreas Wehr, Junge Welt, 06.02.2012) Kohl soll das mit George Bush sen. 1990 dementsprechend vereinbart haben.

Dafür hat Bush dann auf Thatcher und Mitterand Einfluss genommen, damit sie ihre politischen Bedenken gegen die >Wiedervereinigung Deutschlands< schließlich aufgaben.

Es kam aber anders. Die BRD - vertreten durch Finanzminister Theo Waigel - hat mit Erfolg der neuen Einheits-Währung ihren Stempel aufgedrückt.

Die neu zu gründende Europäische Zentralbank wurde nach dem Vorbild der Bundesbank konzipiert, vor allem in ihrer Stabilitätspolitik. Sitz der EZB wurde der Bankenplatz Frankfurt. Die „Unabhängigkeit“ der EZB von der Politik wurde vertraglich garantiert. Mit der Einführung der gemeinsamen Währung wurde weder damals noch später die beabsichtigte „Domestizierung Deutschlands“ erreicht. Deutschland war beim Euro Start bereits die führende europäische Exportnation. Der Euro hat den weiteren Siegeszug der deutschen Exportindustrie begünstigt und zusammen mit der Niedriglohnpolitik der Agenda 2010 im letzten Dezennium das Gefälle von Nord- zu Südstaaten Europas wesentlich gefördert. „Die leistungsstarken deutschen, niederländischen, zum Teil auch französischen und norditalienischen Kapitalisten profitierten von der Währungsunion. Sie verdrängten die schwachen Kapitalisten auf deren traditionellen, nun ganz offenen Heimatmärkten. Das drückt sich in einem rasant wachsenden Leistungsüberschuss Deutschlands und den Niederlanden sowie den entsprechenden Defiziten in Italien, Portugal, Irland und Griechenland aus.“ (zit. bei Lucas Zeise, Financel Times Deutschland 21.09.2012)

Da ergibt sich die Frage, warum nicht auch sozialpolitische Mindeststandards Bestandteil der Währungsunion wurden. Immerhin waren die Sozialisten eine starke Fraktion im Europaparlament. Der damalige Präsident der EU-Kommission Jacques Delors - ehemaliger sozialistischer französischer Wirtschafts- und Finanzminister -

war auch ein maßgeblicher Konstrukteur der Währungsunion. Er hatte in Frankreich in den 1980ziger Jahren die Wende zur monetaristischen neoliberalen Politik eingeleitet. 1984 wurde er neuer Präsident der Europäischen Union. „Als Sozialist und ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär verstand er es meisterhaft, die gesamte europäische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften für das Projekt der Vollendung des Binnenmarktes und für eine Wirtschafts- und Währungsunion zu gewinnen. Ihm gelang es, die verbreiteten Ängste vor forcierter Liberalisierung und Deregulierung sowie vor dem Verlust der nationalen Währung zu zerstreuen, indem er als Ziel seiner Politik ausdrücklich auch die Schaffung einer >Beschäftigungsunion< angab. Doch als es dann 1997, fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht...tatsächlich zu einem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg kam, war das Ergebnis nicht viel mehr als heiße Luft. Die dort vereinbarte jährlich Aufstellung beschäftigungspolitischer Leitlinien wurde in den folgenden Jahren sogar noch zu einem Instrument des neoliberalen Umbaus, in dem in ihnen beständig die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte verlangt wird.“ (zit. bei Andreas Wehr a.a.O.)

Die neoliberale Option stand also auch an der Wiege des Euro. Und das hat viele jener Übel und Krisen begünstigt, die seine Stabilität heute in Frage stellen. Dabei hätte der Fahrplan zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, der in drei Stufen bis 1999 zu verwirklichen war, noch genügend Zeit gegeben, um das Für und Wider der gemeinsamen Währung abzuklären. Es soll aber in den vielen Zusammenkünften de facto nichts Substantielles erreicht worden sein, so heißt es unter Fachleuten. Der deutsche Finanzminister Theo Waigel stellte allen Bedenkensträgern den großen *politischen Gewinn* für die Einigung Europas entgegen.

1997 wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt geltendes Recht. Die dort enthaltenen Defizitgrenzen sollten finanzpolitische Stabilität garantieren. Aber leider hat sich die Politik nicht daran gehalten – auch nicht in der BRD. Die Staatsschuldenquote stieg in der BRD von 59,7 % im Jahr 2000 auf 67,5 % 2006. Die Grenzmarke des Maastricht Vertrages – 60 % des BIP – war schon 2004 überschritten worden.

In der Literatur gibt es eine interessante *Voraussage aus dem Jahre 1996*, was bei der Einführung des Euro passieren werde: „Die vor-

zeitige Verwirklichung einer einheitlichen europäischen Geld- und Währungspolitik würde die realwirtschaftlichen und machtpolitischen Divergenzen in der EU lediglich verdecken. Um sie statt dessen auszugleichen, wären nicht allein die Weichwährungsländer zur Stabilität zu verpflichten; die Hartwährungsländer, insbesondere die Bundesrepublik, müssten zu diesem Zweck einen Ausgleich ihrer Handels- und Leistungsbilanzen anstreben. Den enormen Überschüssen des deutschen Exportweltmeisters versuchen die schwächeren Länder durch Abwertungskonkurrenz, größere Staatsverschuldung u. ä. gegenzusteuern, um die Arbeitslosigkeit im eigenen Land aufzuhalten. Dabei vertieft sich die Divergenz, statt Konvergenz zu fördern.“ (zit. bei Kurt Gossweiler, John Maynard Keynes - ein Ratgeber für uns und andere Probleme? In: Topos, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 9 Bielefeld, 1997 S. 53). Einfacher gesagt, die Niveauunterschiede in der Wirtschaftskraft der Euroländer wirken gegen die Stabilität des Systems. Die Unterschiede in den Haushalts-, Steuer- und Sozialsystemen verstärken das dramatisch, wie Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland zeigen.

Aber...so kann man einwenden, die Geschichte des Euro ist trotz allem bisher eine Erfolgsgeschichte. Er hat im Verhältnis zum US-Dollar immer mehr an Kaufkraft gewonnen – was dessen Vormachtstellung zunehmend in Frage stellte. Jeder Bürger der in Europa unterwegs ist, schätzt, dass man mit der Einheitswährung fast in allen Ländern Europas problemlos bezahlen kann. Auch in den USA und anderen Dollar-Ländern ist man mit dem Euro in der Regel ein kaufkräftiger Reisender. Der Euro hat sich zur attraktiven Währungsreserve gemausert. China hält mehr als 30 Prozent seiner Devisenreserven in Euro. Die Gemeinschaftswährung hat Spekulanten wie George Soros, die in den 1990er Jahren erfolgreich gegen Währungen einzelner europäischer Länder gewettet haben, das Geschäft entrissen. (zit. bei R. Hickel und A. Troost, Internet, 30.08.2012)

Also warum ist der Euro nicht mehr sicher oder gar am Abgrund?

Die Antwort findet man vor allem in den gravierenden Veränderungen auf den Finanzmärkten, im rasanten Wachstum des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus, dessen Spekulationen faktisch grenzenlos sind und denen die Politik mit Deregulierung dieses Spiel-

feld weit geöffnet hat. Die Banken aller europäischen Länder haben in diesem Casino mitgespielt, bis der crash kam. Die ohnehin hoch verschuldeten Länder gerieten mit den Bankenpleiten immer mehr ins Minus. Die Politik war geschockt und hilflos. Die EU Kommission wird nun von den Ereignissen getrieben.

Wir haben schon gesehen, dass die *neoliberale Politik der Deregulierung* den Boden für eine neue Ära des Bankgeschäfts bereitet hat, bei dem *nicht mehr das traditionelle Privatkunden- oder Firmenkundengeschäft, sondern das Investment-, Fonds- und Anleihengeschäft* die Oberhand hat und enorme Profite ermöglicht.

Es ist immer mehr eine Lage entstanden, wo die Regierungen und Parlamente nicht mehr mäßigend und kontrollierend auf die Finanzmärkte Einfluss nehmen, sondern diese länderübergreifend die politischen Vorgaben bestimmen. Wobei die Abläufe der täglich wachsenden Finanztransaktionen (die moderne Kommunikationstechnik macht es möglich) auch nur begrenzt von den parlamentarischen oder staatlichen Institutionen überblickt, geschweige denn kontrolliert werden - falls das denn überhaupt gewollt ist.

„In den USA sind Politik und Wallstreet ein und dasselbe System. Wenn ein und dieselben Leute das Sagen haben, was macht das da für einen Unterschied, wer welchen Posten innehat?“ (zit. bei Jeffrey D. Sachs wie oben) Hierzulande verläuft der Rollentausch Politik/Banken/Wirtschaft auch recht flott. Mitunter wird sogar der Eindruck erweckt, dass das „wirtschaftlicher Prosperität“ dient. In Wirklichkeit wachsen hier fast kriminelle Netzwerke, die dem Gemeinwohl schaden. Die Lobby der Banken und Konzerne wirkt immer stärker in dem Prozess der parlamentarischen Entscheidungen und der Gesetzgebung mit. Beispiele dafür bieten die Medien fast täglich.

Die Bankenkrise des Jahres 2008 kam zwar scheinbar überraschend, aber in Wirklichkeit war seit langem bekannt, dass die Großbanken und auch die Landesbanken, immer mehr in riskante - kurzzeitig äußerst profitable - Geschäfte weltweit verstrickt sind. Das war den Zentralbanken, den Regierungen und den Kontrollinstitutionen wie auch der Bafin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen mit Sitz in Frankfurt, zuständig für die Wertpapier- Banken- und Versicherungsaufsicht) wohl bekannt. Es fehlte nicht an Informationen über die heraufziehenden Gefahren. Prof. Max Otte - ein geachteter

Fachmann, der in den USA und in Deutschland lehrt und forscht - beschrieb in seinem Buch „Der Crash kommt“ 2006 wie in den USA seit den 1970er Jahren neue riskante Bankprodukte kreiert und verbreitet wurden, die eine gefährliche Ära der globalen Spekulation einleiteten. Das Produkt, das dafür sorgte, dass sich die Krise um die Welt verbreitete heißt >Mortgage Backed Securities<. Ein handelbares Hypothekenpaket! In großem Stil hat solche Produkte zuerst Lewis Ranieri, Chef der Hypothekenabteilung von Salomon Brothers in New York, verkauft.

Der Hypothekenmarkt war in den USA schon immer größer als der Aktienmarkt. Aber am Aktienmarkt profitierten Millionen Menschen, die Hypothekenkredite waren ein Geschäft zwischen lediglich zwei Parteien. Ranieri änderte das. Hypotheken verwandelte er in Wertpapiere, die unter den Banken beliebig verkauft werden konnten. Und andere erfanden weitere spekulative Papiere und Transaktionen.

Solche >Derivate< wurden mit hoher Profitzusage gehandelt. Immer größere Transaktionen kamen weltweit in Gang. Heute gibt es eine Vielfalt solcher dubioser Papiere. Man versteht darunter Finanzinstrumente, deren Preise sich von Kursbewegungen von Aktien, Rohstoffen und Devisen ableiten. Ein simples Beispiel: Jemand verpflichtet sich im Herbst Weizen zu einem bestimmten Preis zu kaufen. Die Hoffnung dabei: Der Marktpreis liegt dann längst darüber. Man kauft also günstiger und verkauft dann mit Profit.

Eine andere kreative Spekulationsvariante sind CDS-Papiere, CDS steht für credit default swaps - zu deutsch Kreditausfallversicherungen. Hört sich sinnvoll an, denn man sichert riskante Geschäfte ab. Aber es gab irgendwann CDS Papiere die gar nichts mehr versicherten! Spekulanten kauften Versicherungen für Griechenland Anleihen, die sie gar nicht haben. Sie spekulieren auf den Totalausfall der Anleihe, um dann zu kassieren. Solche Spekulationen bringen Anleihen in Verruf und dann geht das Geschäft auf!

Zu den im deregulierten Finanzmarkt geborenen Instrumenten gehören auch die Leerverkäufe. Nicht ganz einfach zu verstehen - aber möglich.

Jemand verkauft per übermorgen Aktien, die er nicht besitzt, sondern nur geliehen hat und erst morgen für x Euro kaufen will. Er spekuliert auf den Wertverfall der Aktie - die Börse befeuert diese

Stimmung und die Rechnung geht auf. Und bei den „ungedeckten“ Leerverkäufen hat der Spekulant die Aktie weder in seinem Besitz noch geliehen. Der „Normalbürger“ kann es kaum fassen, dass das funktioniert, aber es findet noch immer täglich statt.

Auf diese Weise lösten sich Finanzmarkt und Bankgeschäft immer mehr von der Realwirtschaft – heute sollen die Umsätze der Börsen und Banken etwa das *sechs- bis siebenfache* der realen Wirtschaftsleistung ausmachen.

Nur einige Fakten: Die Welt des Geldes teilt sich in verschiedene Märkte: den Aktienmarkt mit weltweit etwa 63 Billionen Dollar, den Anleihemarkt mit 24 Billionen Dollar, den Devisenmarkt mit 1 007 Billionen Dollar, Derivate mit 700 Billionen Dollar, Immobilien 400 Milliarden Dollar. (zit. bei Honningfort 10./11.03.2012 Berliner Zeitung) Die weltweite Wirtschaftsleistung aus Güterherstellung und Dienstleistungen (Realwirtschaft) ist im Vergleich dazu mit 55 Billionen Dollar recht bescheiden.

Die Akteure der Finanzmarktindustrie sind auch nicht nur die großen Bankhäuser, sondern eher die Schattenbanken (zum Teil Ableger der Großbanken) die in irgendeiner Adresse im Hinterhof zu Hause sind. Dazu gehören insbesondere die Hedgefonds (Investmentfonds mit viel Kapital – to hedge = absichern, auch SAIV genannt = sophisticated alternative investment vehicle – anspruchsvolles alternatives Investment). Es soll weltweit etwa 7 500 Hedgefonds geben. Die Akteure sind vermögende Finanzinvestoren, die Unternehmen in der Krise Kapital anbieten, die besten Stücke aus der Gesellschaft „herausschneiden“ und den Rest in die Pleite gehen lassen. Das funktioniert heute nicht nur mit Unternehmen, sondern auch mit Rohstoffquellen, Landwirtschaftsflächen oder Wasserreservoirs. Also grenzenlos und inhuman!

In Europa ist die Drehscheibe insbesondere der in den 1980er Jahren entstandene größte Börsen- und Finanzplatz in London. In den Docklands expandierten unter Lady Thatcher die Investment- und Fondsgesellschaften – mehr als 11 000 Broker waren pausenlos aktiv.

Man schätzt, dass von dort etwa 10 % der Steuern für das britische Budget fließen. Nun breitet sich allerdings im Investmentbanking Endzeitstimmung aus. All diese neoliberalen Spezies haben der internationalen „Finanzindustrie“ enormen Profit- und Machtzu-

wachs verschafft. Die großen Finanzinvestoren wie der US Amerikaner Warren Buffet „die freundlichste Heuschrecke der Welt“ (Firmenvermögen ca. 300 Mrd. USD, Privatvermögen 44 Mrd. USD), George Soros (9 Mrd. USD Vermögen) u. a. machten mit Spekulationen und aggressiven Firmenkäufen Milliarden Gewinne. Buffet steuert nach eigenen Angaben ein Firmenimperium mit weltweit etwa 300 000 Mitarbeitern. Das 1988 entstandene US-Unternehmen Black Rock ist inzwischen weltweit der größte Vermögensverwalter mit 1.259 Mrd. USD und hat seinen Sitz in New York City. Black Rock vertreibt auch in Deutschland Investmentfonds an Privatanleger und soll auch mit allen DAX Unternehmen verflochten sein.

Josef Ackermann sprach 2010 von einer Gewinnrate von 25 % als Ziel der Deutschen Bank. Er und seinesgleichen haben tatsächlich die Profite der realen Wirtschaft weit übertroffen. Aber die Methoden waren nicht mehr die des soliden Bankgeschäfts, wie die Klagen nun zeigen. Die von Gier getriebenen Geschäfte führten 2008 in die weltweite Bankenkrise und sie sind noch immer „en vogue“. Und wenn es den Banken schlecht geht, muss der Staat helfen, denn ihre Pleite hat verheerende Folgen. Um diesen Teufelskreis sorgt sich die Politik nun schon seit Jahren.

Ungebrochen sind die großen Investmentbanken wie Goldman Sachs, die Deutsche Bank (der Krisenbericht des US-Senats von 2010 nennt diese beiden Banken an erster Stelle als Krisenverursacher!) JP Morgan, Morgan Stanley usw. aktiv. Ray Dallo von Bridgewater Associates (US-Hedgefonds) „verdiente“ 2011 3 Mrd. \$ - lt. „Forbes Liste der weltweiten Bestverdiener“.

Als 2008 die Bombe zuerst in den USA mit der Pleite der Lehman Brothers Bank platzte, hatte der Höhenflug im Hypotheken- und Aktienmarkt der USA etwa 10 Jahre gut floriert. Die Baufirmen bauten ab Mitte der 90er immer mehr Häuser, etwa eine Million Jahr für Jahr. Die Hausbauer bekamen Kredite auch ohne Eigenmittel. Die Story lautete: Wenn Ihr ein Haus für 200.000 Dollar kauft und den Kredit nicht zurückzahlen könnt. Keine Sorgen! In fünf Jahren wird das Haus 300.000 Dollar Wert sein...dann nehmt Ihr einen neuen Kredit auf.....und tilgt den alten...usw.

Dieser Boom dauerte in den USA etwa 10 Jahre. 2007 standen 4.67 Millionen Häuser und Eigentumswohnungen leer...990 Milliarden

US-Dollar fest gemauert in Häusern...deren Bewohner nicht mehr zahlten.

2007/2008 kam der große Einbruch, der die größte Hypothekenbank der USA, Lehman Brothers, und zahllose Anleger und Banken weltweit mit in den Abgrund riss. Ähnliche Immobilienspekulationen hatten auch in Irland, Island, Spanien, Portugal und anderswo stattgefunden - überall nach etwa dem gleichen Geschäftsmodell.

Als die US-Hypothekenbanken 2008 durch unverkäufliche Häuser einbrachen, verfielen auch Kredite deutscher Banken, weil sie mitgespielt hatten. Die deutsche Commerzbank brauchte eine Kredit-spritze von 8.2 Mrd. Euro. Einige Landesbanken - wie die Bayerische Landesbank, die Hypo Adria, die HR Nordbank usw. verloren Milliarden.

2001 war auch die Berliner Landesbank durch Verluste ihrer Tochter Berliner Hypothekenbank (Landowski als Vorstand) durch risikante Geschäfte mit Immobilien in Ostdeutschland mit mehr als 10 Mrd. Euro Schulden belastet worden, für die der Haushalt der Hauptstadt aufkommen musste. Die Verantwortlichen wurden 2006 verurteilt, gingen in Revision und wurden in zweiter Runde 2010 freigesprochen.

Neoliberale Politik von Kohl. Schröder bis Merkel....

In der BRD hat die neoliberale Politik in der Ära Kohl manches ermöglicht, aber erst danach hat die rot-grüne Schröder/Fischer Regierung mit der >AGENDA 2010< der Sache richtig Schwung gegeben. Das war ein Grund dafür, dass Lafontaine und sein Staatssekretär Prof. Flaßbeck (jetzt Chefvolkswirt bei der UNO in Genf) 1998 „ausstiegen“. Finanzminister Eichel und sein Staatssekretär Asmusen waren da weniger „besorgt“ und ebneten den Weg. Später trug auch Peer Steinbrück als Finanzminister dazu bei, dass diese Marschrichtung fortgesetzt wurde.

Die rot-grüne Regierung wollte Wachstum fördern und die Arbeitslosigkeit senken, das war das erklärte Ziel der Agenda 2010, die durch Deregulierung (Lockerung der Gesetze) neue Möglichkeiten der Profiterzielung öffnete - immer unter dem Banner - dass man die deutsche Wirtschaft so wie die >anderen Europäer< fit machen müsste und damit auch die Arbeitslosigkeit senken könnte.

Was gehörte zu dieser Fitnesskur der Schröder Regierung?

In Stichworten...2001

- steuerliche Freistellung von Firmenverkäufen d.h. keine Erbschaftsteuer, ab 1998 Abschaffung der Vermögenssteuer!
- Zulassung von Derivaten und Hedgefonds sowie weitere Lockerungen bei den Investmentregeln.
- 2002... Deregulierung des Arbeitsmarktes, Förderung der Leiharbeit mit niedrigeren Löhnen, die der Staat inzwischen mit 3 Mrd. Euro stützen muss, Jobcenter statt Arbeitsamt, Arbeitsvermittlung als Geschäftsmodell.
- 2004...Deregulierung der Sozialsysteme – statt Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe gelten nun die „Hartz-Regelungen“ benannt nach der Kommission und seinem Vorsitzenden und schließlich die von Arbeitsminister Riester kreierte Rente“ die faktisch die Altersvorsorge teilprivatisiert und die den Versicherungsgesellschaften ein gutes Geschäft brachte, aber den Versicherten nicht die versprochene gute 2. Rente.
- 2004 wurde schließlich eine 25% Kapitalertragssteuer statt >voller< Einkommensteuer erfunden, wozu Finanzminister Steinbrück damals sagte, „besser 25 % als 42 % von nix“, weil er hoffte die Kapitalflucht der Gutverdiener in Steueroasen damit einzuschränken.

Diese Resultate der Schröderschen >Agenda 2010< übernahm die „Große Koalition“ und sie stand 2008 vor dem Dilemma, den durch die Immobilienpleite in die >Schieflage< gekommenen deutschen Banken und der schwächelnden Wirtschaft kräftig zu helfen. Der Slogan heißt „to big to fail“ (zu groß um pleite zu gehen), also ist die Politik „alternativlos“ gefordert, denn was wäre schlimmer, als wenn durch Insolvenzen die Arbeitslosenrate wieder steigt. Für Frau Merkel, deren Politik lt. Medien „konservativ-pragmatisch, undogmatisch, geschmeidig-beliebig“ ist, war es zweckdienlich, sich bei Ackermann und anderen Insidern Rat zu holen. Das war vermutlich sogar richtig, denn wer sollte besser wissen, was nun nötig ist. Und so war die Performance der Bundeskanzlerin damals durchaus clever: Sie sagte dem Volk – „Der Euro ist sicher, Euer Geldspartes auch!“ Damit beruhigte Angela Merkel die Bürger, und sie gingen nicht in Scharen zu den Banken, um ihr Geld abzuheben - das gefährliche Szenario fand nicht statt! Und dieser Bonus hielt! Wie die Berliner Zeitung Anfang Januar schrieb...glauben die Men-

schen das von der Kanzlerin gepflegte Bild der „sparsamen, umsichtigen schwäbischen Hausfrau“, die sie durch die „Fährnisse dieser Jahre führt“. (Magazin der BZ 5./6.1.2013)

Es gab staatliche Kreditgarantien, Kapitalaufstockungen organisiert über die EZB, um die Kapitalverluste der Banken auszugleichen. Und die Banken verdienen gut an der Zinsdifferenz – das geliehene Geld zu 1 % und für die gegebenen Kredite und Anleihen ein Mehrfaches!

Am 17.10.2008 wurde per Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Finanzmarktstabilisierungsfonds FMS oder auch So Fin eingerichtet, der beim Bundesfinanzministerium angesiedelt ist. Diese Lösung half den Banken mit Garantien und mit direkten Kapitalhilfen zur Stärkung des Eigenkapitals. Wie schon immer: Verluste und Wertberichtigungen der Banken gehen zu Lasten der Steuern, die sie abführen, d.h. überwiegend trägt der Fiskus die Verluste der Banken – also letztlich der Bürger!

Die Regierung half auch den Unternehmen mit Geldern bei Kurzarbeit, erfand die Abwrackprämie usw., kurbelte Bauaufträge im Kommunalen Bereich durch Infrastrukturhilfen von 2 Mrd. an usw. Das wirkt. Schon 2009 gibt es wieder 2 % Wirtschaftswachstum und ein Sinken der Arbeitslosigkeit...jedoch die Strukturkrise schwelt weiter.

Eine konsequente Regulierung der Banken und des Finanzmarktes blieb aus. Die Banken hatten weiter riskante Finanzprodukte und Kredite sowie Anleihen von Risikoländern wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien im Geschäft. Auch die Schattenbanken und die aggressiven Hedgefonds agierten weiter ... Prof. Otte sagte auf die Frage, wann die Krise nun zu Ende sei „solange die Banken gut verdienen, geht die Krise weiter.“

Die Verstaatlichung von Großbanken blieb ein Wunsch >von links<. Wer soll dafür eine Mehrheit organisieren? Oder – würde eine staatliche Bank am Markt besser agieren? Hält sie sich wirklich von Risiko-Geschäften fern? Nein, alle Landesbanken haben diese Hoffnung widerlegt.

Nur Island hat nach dem Crash 2009 4 Banken verstaatlicht und ist gut damit gefahren. Die Großbanken, mit weiter internationaler Verzweigung der Shareholder und Standorte, sind vernetzte Globalplayer und national kaum angreifbar (Großaktionäre der Deut-

schen Bank sind die Credit Swiss, die Fonds Capital Group, der US-Vermögensverwalter Black Rock...). Nur einen deutschen Beispielfall gibt es: Die Deutsche Pfandbriefbank oder Hypo Real Estate - ihr Gründungsjahr 2003 als das Hypothekengeschäft noch boomte ...2005 als Dax-Unternehmen gekürt - wurde nach ihrem crash verstaatlicht. Bis 2010 hatte die HRE 6,3 Mrd. Euro direkte Kapitalhilfen und 95 Mrd. Euro Garantiezusagen des staatlichen FMS erhalten. Aber jetzt wird schon über ihre Reprivatisierung bis 2015 nachgedacht (a. Financial Times Deutschland).

Die >Schnelle Hilfe< für die Banken wird erfunden...

Was sollte der 2009 beschlossene *Finanzmarktstabilisierungsfonds* (FMS) leisten? Der FMS darf *Garantien* für Kredite bis zu 400 Mrd. Euro übernehmen, mit einer 36 Monate Frist. 70 Mrd. Euro darf der Fonds zur Beteiligung (Rekapitalisierung) den Banken auf Antrag geben.

Weitere 20 Mrd. Euro darf das Bundesfinanzministerium bei Forderungsausfällen übernehmen, die aus Garantiezusagen resultieren. Der Vorstand des FMS besteht aus 9 Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Vorsitzender ist Florian Toncar FDP. Bis Mai 2009 lagen dem FMS Anträge der Banken in Höhe von 212 Mrd. Euro vor. 152 Mrd. Euro waren bewilligt, darunter 133 Mrd. Euro Garantien für Kredite und 19 Mrd. Euro Unterstützung zur Eigenkapitalbildung. Im Mai 2010 waren beim FMS Anträge von 219.3 Mrd. Euro von 26 Banken gestellt. Das zeigt welche „Einschläge“ die spekulativen Verluste in den Bilanzen hinterlassen hatten. Aus den Anträgen wurden Genehmigungen für 172 Mrd. Euro Garantien für Kredite und direkte Kapitalhilfen. Der Verlust aus 2009, den der FMS bis dahin auswies, betrug 4.26 Mrd. Euro.

2010 - der nächste Schock... nicht nur Banken ... Staaten sind pleite

Auf die gerade mit knappem Atem „reparierten“ Folgen der Immobilien- und Bankenkrise und die in Deutschland wieder leicht anziehende Konjunktur, folgt 2010 der europaweite Paukenschlag: die sog. Staatsschuldenkrise.

Wir hatten schon festgestellt, dass Deutschland und auch viele andere Staaten Europas eine Politik betrieben haben, die den Staatshaushalt häufig überforderte und Verschuldung zur Folge hatte. In der BRD sind Haushaltskredite seit 1949 Mittel zum Zweck. 1965

weist die BRD Statistik bereits 45 Mrd. Euro Staatsschulden aus. Zehn Jahre später sind es 130 Mrd. Euro. 1990 hatte die „alte“ BRD 538 Mrd. Euro Staatsschulden. Das war immer von politischen Mehrheiten abgesegnet worden. (Zum Vergleich: Kurz vor der Währungsunion stellte Bundesfinanzminister Theo Waigel in einer Sitzung des Bundesrates am 22.05.1990 fest: „dass die DDR mit 40 Mrd. DM - rund 13 % des Bruttoinlandsproduktes - eine vergleichsweise geringe Ausgangsverschuldung ausweist“. Zit. bei Waigel/Schell, S. 46, Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, 1994 edition ferenczy)

Nach dem Vertrag von Maastricht 1997 und seinen Stabilitätsvorgaben, das hatten wir schon erwähnt, hat sich die Entwicklung der Staatsschulden der BRD nicht positiv verändert. Die Staatsschuldenquote wuchs von 2000 = 59.7 % (Schulden zu Bruttoinlandsprodukt) auf 79.9 % 2010.

Aktuell beträgt sie etwa 83 % (bei zulässigen 60 % nach dem Vertrag von Maastricht). Der ehemalige Finanzminister und Mitautor der Verträge, Theo Waigel, sagt heute ...die Krise sei doch nur entstanden, weil das Regelwerk nicht eingehalten wurde“ (Süddeutsche Zeitung 27./28.08.2011). Das ist richtig, aber hilft nicht weiter.

(Auch die Erklärung, die Mehrheit der Schulden sei durch Kosten der Einheit und den Aufbau Ost entstanden, ist schlicht unwahr. Die wirtschaftliche Transformation der ostdeutschen Wirtschaft lag in den Händen der Treuhandanstalt - einer Bundesbehörde. Deren Praktiken sind inzwischen durch mehrere Autoren dokumentiert. Auch unter kritischen Fachleuten ist längst unstrittig, dass eine Sanierungspolitik der Treuhandanstalt in der ostdeutschen Wirtschaft, nach dem Vorbild der Sanierung und behutsamen Privatisierung von BRD Staatskonzernen in den 1980er Jahren (z.B. Salzgitter u. a.), wie sie Rohwedder anstrebte, zu besseren Resultaten, weniger Verlusten und dem Erhalt vieler Arbeitsplätze und weniger Sozialleistungen geführt hätte.)

Nicht gut ging es auch bei der Ausschöpfung der Steuerquellen voran. Die Körperschaftssteuer - also die Steuer der Kapitalgesellschaften betrug 1997 noch 17.0 Mrd. € und 2011 nur noch 15.6 Mrd. € - dagegen ist die Lohnsteuer von 1997 127.1 Mrd. € bis 2011 auf 139.7 Mrd. € angestiegen. 10 Prozent der Deutschen verfügen gegenwärtig über etwa 4.8 Billionen € liquide Geldvermögen. Diese Leute zahlen keine Vermögenssteuer, oft wenig Einkommensteuer,

nicht wenige parken ihr Geld in den Steueroasen, wie die immer wieder auftauchenden Disketten aus der Schweiz oder Liechtenstein zeigen. D.h. die Staatsschulden sind auch gewachsen, weil die neoliberale Politik zu wenige Einnahmen aber wachsende soziale Lasten für den Bundeshaushalt erbrachte.

126.5 Mrd. € = 41.3 % betragen die Ausgaben für Soziales im Bundeshaushalt 2012 und 38.3 Mrd. € = 12.5 % kostet der Schuldendienst, für die aufgenommenen Anleihen. 31.9 Mrd. € bekommt der „Verteidigungsminister“ – die einst gelobte Formel „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde nicht umgesetzt.

Den Regierenden ist es gelungen, diese schuldenverursachende Politik immer wieder als „alternativlos“ zu verkaufen. Die verbale Opposition – von wem auch immer – änderte daran nichts. So wurde z.B. immer wieder die Durchforstung der Subventionen für die Konzerne angemahnt, die sogar für Waffenexporte fließen sollen. Aber mit dem Hinweis auf Beschäftigung blieb man vorsichtig.

Die am 1. Juni 1998 gegründete Europäische Zentralbank sollte mit den Zentralbanken der Länder gemeinsam die Einhaltung der Konvergenz- Stabilitätskriterien kontrollieren und wurde auch ermächtigt, Sanktionen gegen Länder zu verhängen, die die Schuldengrenzen überschreiten. Das hat aber nicht wirklich stattgefunden oder war ohne Wirkung. Dass mit einem neuen Stabilitätspakt der Euro-Staaten >zu heilen<, ist Wunschdenken. Aber auch die Argumente, der Stabilitätspakt sei „verfassungswidrig“, sind schlicht weltfremd. Es ist – wie in einer Familie – alle Mitglieder der Euro-Zone müssen wirklich eine solide Budgetgestaltung anstreben, sonst droht allen die Pleite.

In der BRD sind dazu große Anstrengungen notwendig. Ihre Staatsschulden betragen 2011 - 2 080 Mrd. Euro, (= 83 % des BIP). Zum Vergleich: Frankreichs Staatsschulden 2011.. 1 591 Mrd. Euro (= 82 % des BIP), Italien ..1 843 Mrd. Euro (= 120 % des BIP) usw. Jeder fragt sich, wie diese Schulden durch eine andere Politik, mit geringerer Nettoneuverschuldung, auf die neuen Stabilitätskriterien eingepegelt werden sollen. Das bleibt ein Geheimnis, auch wenn der Bund 2012 mit einem geringeren Defizit von 22.5 Mrd. Euro – als es der Nachtragshaushalt veranschlagt hatte – abschloss. Das entspricht 0.32 % des BIP (Berliner Zeitung, 16.01.2013, S. 10).

Finanzminister Dr. Schäuble wird es schwer haben, die neuen Forderungen, wie z.B. die Lohnerhöhungen des öffentlichen Dienstes und die nicht gedeckten Beamtenpensionen usw. in seine Rechnungen zum Schuldenabbau bis 2016 einzuordnen. Aber vielleicht kommt es doch zu einer „Reichensteuer“ oder einer Börsenumsatzsteuer – aber wann gibt es dazu die politischen Mehrheiten?

Insgesamt sind die Staatsschulden der EURO Zone von 2001 – 4.800 Mrd. Euro – bis 2010 auf 7.800 Mrd. Euro – angewachsen. Griechenland hat daran nur einen Anteil von 177 Mrd. Euro = 6 %!

Die Zinszahlungen der Euro-Staaten betragen in diesen 10 Jahren 2.600 Mrd. Euro, also etwa 30 % dieses Schuldenberges! Viel Futter für die Geldgeber! Viel verlorenes Geld... für Bildung, Forschung, Infrastruktur oder auch Entwicklungshilfe für die Armen dieser Welt.

Rettung des Euro – Hilfe für die kranken Kinder – aber wie?

Seit etwa 2010 versuchen die Staatshäupter der Euroländer – voran Frau Merkel – gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank sowie dem IWF Lösungen zu finden, um den Schuldnerländern zu helfen und die weitere *Verschuldung* „abzubremsen.“

Im Fokus stand und steht dabei vor allem Griechenland, aber auch Spanien, Italien, Portugal... Theo Waigel verglich Griechenland mit einem blinden Passagier der sich ins Euro-Boot schlich. Die christliche Nächstenliebe verbietet aber, sie von Bord zu werfen. Zitat bei FOCUS ONLINE 12.11.2011. Hans-Olaf Henkel riet in einem TV Talk 2011 dazu, alle Südländer aus dem Währungsverbund zu entlassen. Das wäre keine – und wenn auch eine teure und gefährliche Lösung. Es bleibt richtig und notwendig, dass man die Stabilität der Länder der Euro-Zone und damit die Einheitswährung erhalten muss.

„Das Problem des Euro ist, dass er vor den Märkten nicht geschützt und von der Politik nicht gehalten wird. Es gibt weder eine ausreichende Kontrolle des Finanzsystems noch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung.“

Der Euro ist wie ausgesetzt: Er sollte allein zurechtkommen. Das funktioniert nicht. Europa als Labor eines neoliberalen Experiments

hat gezeigt: Die Selbstregulierung der Märkte ist eine gescheiterte Ideologie...

Ohne eine tiefgreifende Reform der Finanzmärkte oder einen großen Schritt in der politischen Integration ist der Euro nicht zu retten.“ (Jakob Augstein, Kolumne SPIEGEL ONLINE 21.05.2012) So ist es!

Die Lösung – die vor allem Frau Dr. Merkel vertritt – heißt: Durch Sparen, wieder Stabilität erreichen. Die Rede ist von >Austeritätspolitik< (austerity – engl.- Strenge, Härte) also eine Politik der Strenge, Härte und der wirtschaftlichen Einschränkung, des Sparens. Das wurde zuerst auf Griechenland, Spanien und Portugal fokussiert. Begründet durch Einschätzungen der verschiedenen Experten der Troika (aus EU, IWF und EZB), die meinen diese Staaten haben zu hohe Ausgaben, ein schlechtes Steuersystem, zuviel sozialen Komfort usw. Da ist manches zutreffend, manches einfach national so gewachsen. Grotesk ist z. B. dass Griechenland große Mengen Panzer und mehrere U-Boote von Deutschland auf Kredit kaufte, weil es seinem türkischen Nachbarn nicht traut. Aber trotz allem, das Sparen der griechischen Regierung hat die Wirtschaftsleistung weiter geschwächt und die Einnahmen des Staates weiter geschmälert. Große Beträge – man spricht von 300 Mrd. Euro – wurden von den Reichen ins Ausland transferiert. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Armut auch. Ändern wird sich das nur, wenn es gelingt in Griechenland wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Vorerst vertraut man darauf, dass die Euro-Staaten mit ihren Rettungsschirmen, weiter drohendem Ungemach in Staaten und Banken begegnen kann. Schuldenschnitte...d.h. Schulden ganz oder teilweise streichen, wie mit Griechenland praktiziert, sind seither auch wieder im Gespräch. Aber das trifft die Gläubiger, also meist Banken und auch die nationalen Haushalte und ist deshalb weniger „beliebt“.

Die Schulden Griechenlands – etwa 350 Mrd. Euro – (zum Vergleich die BRD hat 2.090 Mrd. Euro) waren etwa wie folgt strukturiert:
 90 Mrd. € IWF und Euro-Staaten, 60 Mrd. € Europäische Zentralbanken, 50 Mrd. € Griechische Banken, 40 Mrd. € Europäische Banken, 30 Mrd. € Griechische Sozialversicherung, 15 Mrd. € Europäische Versicherer.

Griechenland bekam 2011 110 Mrd. € Hilfgelder von der EZB und dem IWF und im Frühjahr 2012 noch mal 110 Mrd. € von den Euro-Staaten und dem IWF. Teil des 2. Rettungspakets war ein Schuldenschnitt oder -erlass, wobei die Gläubiger auf 50 % ihrer Forderungen etwa 100 Mrd. € verzichteten.

Die möglichen Gefahren für Spanien, Portugal, Italien, sind von niemandem exakt zu bemessen. Und auch Frankreich wurde 2012 von der Rating Agentur Moody's die Bestnote Triple-A „wegen mangelnden Reformeifers“ hoher Arbeitslosigkeit usw. entzogen. „Die Wirtschaftsdaten sind in der Tat verheerend. Hohe Lohnkosten, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung kennzeichnen die Lage.“ (Tagesthema, Berliner Zeitung 21.11.2012)

Aus den Medien kam die Empfehlung an Frankreich, dort die Agenda 2010 mit Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes usw. umzusetzen. Mit Frankreichs sozialistischem Präsidenten Hollande wird ein solcher Abbau der sozialen und Lohnstandards wohl nicht zu machen sein. Es droht mehr als ein Generalstreik.

„Zurzeit schläft die Euro-Krise“ schrieb der Wirtschaftsredakteur der Berliner Zeitung, Stephan Kaufmann, am 22. April 2012, „der Billionenkredit der Europäischen Zentralbank (die >Dicke Berta<) hatte die Lage scheinbar beruhigt. Die klammen Eurostaaten verlangen von ihren Bürgern große Opfer, um das Vertrauen der Finanzmärkte in ihre Kreditwürdigkeit zu festigen, entlassen sie tausende Staatsangestellte, erhöhen Steuern, streichen staatliche Ausgaben, reduzieren Renten. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, werden die Löhne gedrückt, der Kündigungsschutz geschwächt, die Gewerkschaften gegängelt. Diese Maßnahmen verschärfen die Rezession in Südeuropa, die Wirtschaftsleistung geht zurück.“ Nun da 2012 zu Ende ist, ist eine Wende längst nicht erreicht.

„Demokratien können nur ein begrenztes Maß an Einschnitten vertragen, ohne dafür Erfolge zu sehen.“, sagt warnend Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. Die Krisenpolitik hat ein Rekordhoch der Arbeitslosenquote in der Europäischen Union zur Folge mit über 10 Prozent - Spanien 24 % Griechenland 21.8 %, Irland 15%, Portugal 15 %. Die lahrende Konjunktur durch die Folgen der Austeritätspolitik sind die Quellen weiterer Instabilität. „Die Hauptprobleme in Europa sind gegenwärtig die Sparpakete. Sie drücken die

Nachfrage und schwächen das Wirtschaftswachstum. Die Abkehr von dieser Politik ist absolut notwendig, um zu mehr Gleichheit zu kommen. Spanien etwa wird schwächer und schwächer, Geld flüchtet aus dem Land, es ist gefangen in der Abwärtsspirale.“ (Der Spiegel, 1.10. 2012 – Nr. 40/2012)

Der im Oktober 2010 von den 17 Euroländerchefs erfundene Eurorettungsschirm (EFS), der im Herbst diesen Jahres ratifiziert und zusammen mit dem Vorläufer EFMS mit einem Volumen von mehr als einer Billion Euro 2013 wirksam werden kann, bleibt eine Nothilfe. Aus der Klemme hilft kurzfristig auch nicht der Stabilitäts пакт, mit harten Vorgaben für eine disziplinierte Haushaltspolitik in den Ländern der Euro-Zone.

Die entscheidenden Krisenursachen liegen in der Entartung des Bankensystems und schließlich in der Entartung des kapitalistischen Systems selbst. Inzwischen tauchen auch bei „Systemheiligen“ Zweifel auf, ob denn der derzeitige Kapitalismus so weitermachen kann, wie er es tut.

Die Krise des Systems...

Die >Financial Times Deutschland< führte eine Debatte unter der Überschrift, <capitalism in crisis>. In diesem Forum schrieb schon am 29. Juli 2011 Joseph Huber, Professor für Wirtschaftssoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle und Autor des Buches „Monetäre Modernisierung“ einen Beitrag mit dem Titel „Schluss mit dem Geldzauber“. Dort liest man, „Die meisten denken, die Zentralbanken würden unser Geld produzieren. Irrtum! Das meiste schafft der Bankensektor selbst. Und das ist die Wurzel des Übels.

Der Staat muss das Geldmonopol zurückgewinnen – durch Vollgeld....Banken sind dazu da, die Wirtschaft zu finanzieren, nicht aber, das dafür benötigte Geld selbst zu schöpfen.“ (FTD 29.07.2011)

Am 26.01.2012 konnte man in der Financial Times unter der Überschrift „Ratlose Kapitalisten“ (bezogen auf das Weltwirtschaftsforum in Davos) lesen: „Die Eliten sind überfordert mit den Problemen der Welt – und stellen die Frage nach der Gerechtigkeit...“ Es ist nicht lange her, da wäre es eine Sensation gewesen, was ein eingefleischter Kapitalist wie David Rubinstein den Reichen und Mächtigen der Welt da zu sagen hat. Doch inzwischen haben auch den Mitbegründer des Finanzinvestors Carlyle die Selbstzweifel

gepackt. „Das Spiel ist bald aus für die Art von Kapitalismus, die wir bisher erlebt haben“ sagte Rubinstein zum Auftakt des Weltwirtschaftsforums in Davos. Und das Publikum, darunter viele Wirtschaftsbosse, pflichten ihm bei. Es fehle im Westen an politischer Führung, um das Schuldenproblem und die wachsenden Einkommensunterschiede anzugehen, sagte Rubinstein.

„Von mir aus können wir auch Mindestlöhne einführen. Wir haben drei oder vier Jahre, um unser Wirtschaftsmodell umzubauen.“ Sonst werde der Westen gegen staatsmonopolistische Systeme wie China unterliegen. Unter dem Eindruck der Schuldenkrise, der Wachstumsschwäche des Westens und weltweiter Proteste gegen Ungleichheit hat sich Ratlosigkeit unter Wirtschaftskapitänen und Staatenlenkern breitgemacht. Die Zweifel am kapitalistischen System bestimmen die Debatten in den Schweizer Bergen. (Reinhard Hönighaus und Christian Schütte aus Davos FTD 26.01.12, S. 13)

Und es gibt weitere interessante Beiträge zur Debatte. So z. B. das Euro-Memorandum der „Arbeitsgruppe Europäischer Wirtschaftswissenschaftler für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa“ unter Führung des Wirtschaftsprofessors Trevor Evans das den Finanzministern der Euro-Länder vorgelegt wurde. >Der Krise entgegen-treten: Sparkurs oder Solidarität< so lautet auch hier die Denkrich-tung. Es wird eine Analyse des Krisenmanagements mit Vorschlä- gen zu einer anderen Politik gegen die Krise vorgelegt. Es werden die Ursachen der Fehlentwicklungen in Europa benannt. Es heißt, ...die Armutrisiken haben sich deutlich erhöht. In der EU leben 84 Mill. Menschen in Armut – 19 Mill. Kinder! Die Ungleichgewichte in den Ländern wachsen. Die in Deutschland verfolgte Niedrig-lohnpolitik hat in den letzten zehn Jahren zu massiven Leistungsbi-lanzüberschüssen geführt. Andererseits haben die peripheren Euro-länder erhebliche Leistungsbilanzdefizite akkumuliert.

Es werden „Alternativen für größere Solidarität“ dargelegt, in Bezug auf die Finanzmärkte, die makroökonomische Politik, für Voll-beschäftigung und gute Arbeit, für Besteuerung und Armutsbe-kämpfungsprogramme, für nachhaltige Entwicklung. (Details siehe www.euromemo.eu) Darauf hat man aus dem Bundestag oder der Regierung keine Antwort gehört. Aber immerhin hört man jetzt – sogar in den Neujahresbotschaften von Bischöfen – dass „das Aus-einanderdriften von arm und reich“ gestoppt werden sollte.

Eine Anzeigetafel auf dem Dach des DGB-Gebäudes in Frankfurt am Main die sog. >Reichtumsuhr< zeigte am 23.03.2011 folgendes für die BRD an:

- Nettovermögen der privaten Haushalte 7.235.380.706.483 € also 7.2 Bill. €
- Das reichste Zehntel besitzt davon 4.527.528.640.984 € also 4.5 Bill. €
- Das ärmste Zehntel der Haushalt „besitzt“ 13.047.325.231 € also 13 Mrd. €

Da könnte eine Vermögensabgabe für Millionäre doch durchaus möglich und für das Budget von Gewicht sein. Die SPD will sich dieser Aufgabe stellen - wenn sie denn im Herbst 2013 wieder an die Regierung kommt.

Wie DGB Vorsitzender Sommer erklärte, sollten die mageren Jahre der Lohnzurückhaltung nun vorbei sein. In ihrer Aufgabenstellung für 2013 haben die Gewerkschaften gesetzliche Mindestlöhne, Schutz der Tarifautonomie, bessere Verträge für Zeitarbeiter als Ziele. Die Sozialverbände melden sich auch immer deutlicher zu Wort. Aber die schwarz-gelbe Koalition hält die soziale Schieflage aufrecht - und behauptet: Es ist den Leuten noch nie so gut gegangen, wie jetzt! Ja, allen Leuten, oder nur >den< Leuten...Teile und herrsche - es funktioniert!

Ein Paradigmenwechsel ist nötig...

Im April 2012 tagten in Berlin die Mitglieder des >Institute of New Economic Thinking< INET. Etwa 300 Teilnehmer waren zur dritten Jahrestagung des 2008 von Großinvestor und Multimilliardär George Soros gegründeten INET gekommen. Die Idee war damals bei der Gründung: Nachdem die Ökonomen die Finanzkrise nicht vorhergesehen haben braucht es eine Neuordnung - einen Paradigmenwechsel der Zukunft!

So lautete denn auch das Thema der Konferenz „Paradigm Lost“ zu deutsch „Die verlorene Weltanschauung“. Auf der Tagung waren unter anderem die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen sowie Exaußenminister Josef Fischer vertreten. Hauptsächlich ging es darum, einen neuen Kurs zu finden - zur Rolle der Banken und zur Beseitigung der Ungleichgewichte.

Der Berichterstatter der Berliner Zeitung, Stephan Kaufmann, sprach von der „Brücke über den Abgrund“, die man in der Debatte suchte und finden wollte. (BZ vom 16.04.2012). Seit 2008 ist die herrschende Lehre in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten. Die lange als unangreifbar geltenden Theorien und Modelle taugen nicht zur Erklärung der realen Welt – darüber war man sich auf der Konferenz einig. Man nahm einige Grundlagen der herrschenden Lehre auseinander. Zum Beispiel die Annahme, die Wirtschaft finde selbstständig zu stabilen Gleichgewichten – solange der Staat sie in Frieden lässt. In solch einer Welt sind Systemkrisen nicht vorgesehen.

Dieses Bild der Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten die Politik bestimmt – mit sehr realen Folgen. Steuern der Unternehmen wurden gesenkt, Staatseigentum privatisiert, Finanzmärkte liberalisiert. Davon haben einige profitiert. Ihnen hat die herrschende Lehre in die Hände gespielt. „Die ökonomische Wissenschaft wird erst frei sein, wenn sie sich unabhängig macht von den mächtigen Interessen der Welt – genauso wie es den Naturwissenschaften einst auch gelungen ist.“ Das sagte dort Robert Johnson, Finanzinvestor und INET-Direktor. (zit. bei Kaufmann a. a. O.) Bis dahin wird es ein schwerer Weg – aber die richtige Erkenntnis, lässt doch hoffen.

Schließlich noch eine Überschrift aus der Debatte der >Financial Times Deutschland< zum Thema >Kapitalismus in der Krise<: Ein Beitrag von Otmar Issing titelt: „Die unendliche Geschichte – Vor 20 Jahren wurde das Ende eines historischen Wettstreits verkündet. Doch die Idee einer sozialistischen Gesellschaft lebt weiter und sie wird durch den Umgang mit der Finanzkrise befeuert.“ – Im Beitrag versucht Otmar Issing, Präsident des Forschungsinstituts Center for Financial Studies, früher Chefvolkswirt der EZB, seiner Zunft den Ernst der Lage zu erklären und warnt vor den Folgen...neue Ideen hat er dazu nicht zu bieten, aber immerhin... Seine Sorge: „Eine Marktwirtschaft fußt auf dem Grundsatz, dass der einzelne innerhalb der durch das Rechtssystem festgelegten Grenzen Handlungsfreiheit hat. Der Einzelne wird ermutigt, Chancen auszunutzen und Risiken einzuschätzen.“ Er wendet sich gegen die These „to big to fail“ und meint „Die Milliarden an Steuergeldern, die zur Rettung vermeintlich systemrelevanter Häuser geflossen sind, haben dem Vertrauen in die freie Marktwirtschaft einen schweren Schlag versetzt. Dies wiederum hat sich zu einer Bedrohung für freie Gesell-

schaften entwickelt. Verschlimmert wurde die Gefahr durch Menschen, die von Regierungen mehr erwarten, als Politiker tatsächlich liefern können.“ Issing – der wohl ein Freund des Neoliberalen Hayek ist – meint also immer noch, dass die Krise weniger durch die Politik, sondern eher durch die „moralische Erneuerung“ der Akteure beendet werden könnte. Das kann doch Herr Issing nicht wirklich ernst gemeint haben.

Hören wir noch die Meinung von Prof. Heiner Flaßbeck, seit 2003 Chefvolkswirt der UNCTAD (UNO-Organisation für wirtschaftliche Entwicklung – bis 1998 beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, das er gemeinsam mit Oskar Lafontaine verließ). In einem Beitrag in der Börsenzeitung im September 2012 mit der Überschrift „Das Geld aus der Druckmaschine und die Marktwirtschaft“, befasst er sich mit Sparen und Investieren in der Marktwirtschaft und der Rolle der Zentralbank bei der Geldschöpfung und all dem pro und contra der gegenwärtigen Debatte darüber, wie die Krise am besten zu überwinden sei.

Er plädiert nachdrücklich dafür, dass der Staat – weil die Marktwirtschaft eben kein sich selbst regulierendes System ist – mit einer die Konjunktur fördernden Geldpolitik seiner Notenbank das Investieren der Unternehmen in Schwung halten muss. Er beruft sich auf den österreichischen (später in den USA lehrenden) Wirtschaftstheoretiker Joseph Schumpeter (1883/1950) und sagt: Schumpeter hatte klar gesehen, dass nur die Geldschöpfung der Marktwirtschaft erlaubt, sich zu entwickeln, zu wachsen also und unternehmerische Erfolge zu ermöglichen. (Börsenzeitung a.a.O.) Davon abgeleitet meint er „...die Schuldenbremse im Grundgesetz ist genau das Gegenteil des Richtigen.“ Und er mahnt auch kategorisch die Regulierung der Finanzmärkte an. „Finanzmärkte haben die Aufgabe, die Zentralbank in der Finanzierung der Investitionen in neue Produktionsanlagen und innovative Verfahren zu unterstützen. Sonst nichts!“ Das ist wohl auch in Richtung der Positionen des Finanzministers Wolfgang Schäuble und des Notenbankpräsidenten Bodo Weidmann gesagt, die beide ihre Positionen monetaristisch ausgerichtet haben und damit bei ihren Partnern in anderen Euro-Staaten wenig Freunde finden.

Eine rasche Lösung der Krise scheint also nicht möglich. Aber wenn wir Joseph Stieglitz glauben können, dann gibt es doch Hoffnung.

Im schon erwähnten Spiegel-Interview sagt er auf die Frage, ob die immer größeren Konjunkturprogramme zu Inflation führen könnten, folgendes: „Nicht unbedingt! Die Zentralbank hat die Fähigkeit, dem System die Liquidität später wieder zu entziehen...Eine gut geführte Zentralbank hat viele Werkzeuge...Die Schwäche der europäischen Wirtschaft stellt ein viel größeres Risiko dar, als das Problem einer mäßigen Inflation. Es ist besser einen Job zu haben, dessen Lohn real ein paar Prozent schrumpfen mag, als gar keine Arbeit...Europa steht an einem kritischen Punkt. Die Alternative lautet: mehr Europa oder kein Europa. Alles dazwischen ist instabil.“ (zit. a. a. O. SPIEGEL Interview, Heft 40/2012).

Am Ende dieser Geschichte ist ihr Ausgang also nach wie vor offen. „Vier Jahre Finanz- und Euro-Krise haben nicht nur viele Milliarden hinweggefegt, sondern auch einige Gewissheiten. So glaubt heute niemand mehr, Märkte seien selbst regulierend und der Staat könne sich aus der Wirtschaft heraushalten. Statt Deregulierung steht heute Re-Regulierung auf dem Programm.“ (zit. bei Stephan Kaufmann „Alles klar? Die Finanzkrise hat die Welt verändert. 14 Glaubensgrundsätze, die mächtig wackeln.“ Was der Autor zur Metamorphose ehemaliger Glaubensgrundsätze „kapitalistischer Finanzstrategen“ darlegt, ist lesenswert. Aber warten wir ab, wie es 2013 weiter geht. Der Bundestagswahlkampf beginnt und bietet immer neue >Rezepte< wie diese krisengeschüttelte kapitalistische Welt gerettet werden soll.

----- ooo 000 ooo -----

Der Autor war Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR. Im Frühjahr 1990 hat er in der Modrow Regierung an der Wirtschaftsreform mitgearbeitet. Er war Mitglied der Expertenkommission zur Vorbereitung der sog. Währungsunion DDR/BRD.